

3. Die Friedensgemeinde San José de Apartadó

Als sie begannen meine ersten Familienangehörigen umzubringen war ich 13 Jahre alt. Ich hatte ein kindliches Bild: Im Radio oder den Nachrichten hörte man, dass das kolumbianische Militär dazu da sei, die Bevölkerung zu schützen, alle Bürger des Landes zu schützen. Mit den Morden begann sich ein anderes Bild zu formen, ein sehr anderes, angsteinflößendes. Man weiß nicht, was man tun soll. Man sagt sich, das sind doch die Leute, die uns schützen sollen, aber sie bringen uns um. Man glaubt an nichts mehr. Deshalb sagt man: Ich glaube nicht an die Regierung, ich glaube nicht an die FARC, und ich glaube auch nicht an die Paramilitärs. Die sind nicht dazu da, irgendjemanden zu schützen, die sind dazu da zu morden. Das waren sehr schwierige Zeiten, denn viele Leute beteiligten sich daran mehr Gewalt zu generieren. Viele Leute, denen die Paramilitärs Familienangehörige ermordet hatten, gingen zur Guerilla. Und viele Leute, denen die Guerilla Familienangehörige ermordet hatte, gingen zu den Paramilitärs. Das generierte nur noch mehr Gewalt im Land. Mich brachte das zum Nachdenken, das war ein Prozess des Todes. Und es machte keinen Sinn diese Logik zu unterstützen, egal auf welcher Seite. Ich begann zu sehen, dass die, die eine Waffe tragen, nicht dazu da sind, irgendjemanden zu schützen, sondern zu töten. Waffen wurden gemacht, um zu töten.

(G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

In diesem Kapitel werde ich zunächst die Entstehung und Gründung (3.1), dann die interne Organisation und Funktion (3.2) und anschließend die Entwicklung der Friedensgemeinde (3.3) bis zum Zeitpunkt meines Forschungsaufenthaltes im Jahr 2017 beschreiben. Im Zentrum meiner Aufmerksamkeit stehen die lokalen Dynamiken und Prozesse in der Zone um San José de Apartadó, die zur Entstehung der Friedensgemeinde geführt und beigetragen haben, sowie das Spektrum an Gremien, Praktiken und Strategien, welches ihren Bewohner_innen ermöglicht, in einer Konfliktzone zu überleben und dieses Überleben auf eine würdevolle Weise zu gestalten. Ziel dieses Kapitels ist es, eine ‚Ethnographie dieser kleinbäuerlichen Organisation‘ zu entwerfen, die analog zum zweiten Kapitel in einer abschließenden theoretischen Synopse (3.4) die zweite Frage dieser Arbeit beantworten kann, b) welche Handlungsmöglichkeiten die zivile Bevölkerung in einer Konfliktregion wie dem Urabá haben. Antworten auf

diese Frage geben verschiedene mediale und akademische Darstellungen von Gewaltkonflikten in der Regel nur implizit, aber trotzdem überraschend einheitlich, indem sie die Zivilpersonen in Konfliktregionen überwiegend als unschuldige Opfer sinnloser Gewalt beschreiben (Vgl. bspw. Davies und Glanville 2010; Hultman, Kathman, und Shannon 2013; Slim 2010) oder ihnen nur eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten – im Sinne von Kooperations-, Selbstschutz- oder Überlebensstrategien – zuschreiben (Vgl. Arjona 2017b; Kaplan 2017; Maček 2009; Vigh 2007). Und obwohl kein Zweifel daran besteht, dass Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten viel zu häufig Opfer von konkreten Gewaltverbrechen werden, zeigt die Friedensgemeinde m.E. sehr deutlich, dass die Reduktion der Bevölkerung auf ihr Opferdasein den Blick auf die vielfältigen Handlungsmöglichkeiten von Zivilpersonen in Gewaltkonflikten versperrt.

Unter den Publikationen zu dieser Gemeinde (z.B. Alther 2006; M. B. Anderson und Wallace 2013; Anrup und Español 2011; Courtheyn 2016; 2018b; 2018c; Cuartas Montoya 2007; Giraldo Moreno 2010; Hernández Delgado 2000; 2009; Masullo 2015; C. Mitchell und Ramirez 2009; Rojas 2004; Sanford 2003b; 2004; Tapia Navarro 2018; Valenzuela 2010) sind ethnographisch dichte Beschreibungen ihrer internen Struktur und Funktion, ihrer Strategien und Praktiken sowie ihrer alltäglichen Abläufe kaum zu finden. Selbst Aparicio, der zwar in seiner Arbeit wiederholt behauptet, die Gemeinde ethnographisch zu beschreiben, macht in seinem Kapitel über die Friedensgemeinde nicht mehr, als einzelne Punkte ihrer Gründungsurkunde vorzustellen und anhand fragmentarischer Anekdoten zu illustrieren, welche auf Grund seines Verzichts, interne Probleme, Konflikte und Widersprüche der Gemeinde aufzuzeigen, sie zwangsweise idealisiert (Vgl. Aparicio 2012, 237–84). Burnyeat im Gegenzug gibt ethnographische Beschreibungen und zitiert aus ihren Interviews. Allerdings ist ihre Darstellung von ihrem diskursanalytischen Zugang dominiert, der das Narrativ – die sprachliche Ebene – fokussiert und der Praxis – der Handlungsebene – überordnet, wobei untergeht, dass die Praxis der Friedensgemeinde sich nicht immer mit dem Diskurs der Friedensgemeinde deckt, diesen zeitweise sogar bricht. Bezeichnenderweise kritisiert sie die Bewohner_innen der Friedensgemeinde dafür, in ihrem Diskurs den Staat zu homogenisieren, ohne dabei zu bemerken, dass sie in ihrer Darstellung stark dazu neigt, die Friedensgemeinde zu homogenisieren, indem sie deren Diskurs vereinheitlicht und, ähnlich wie Aparicio, anderen Perspektiven, Meinungen und Widersprüchen innerhalb der Gemeinde kaum Beachtung schenkt.¹

1 Eine weitere Gemeinsamkeit bei Aparicio und Burnyeat, aber auch bei Courtheyn ist die Verwendung des Begriffes ‚campesino‘ für die Bezeichnung der Kleinbäuer_innen. Burnyeat begründet dies damit, dass sich die englischsprachigen Begriffe abfällig anhören und nicht alle Aspekte einschließen, die diese kulturelle Kategorie in Kolumbien abdecken (Vgl. Burnyeat 2018, 28 FN 1). Courtheyn verzichtet auf die Bezeichnung, weil diese mit Rückständigkeit assoziiert würde seitdem Marx und Engels im kommunistischen Manifest Bäuer_innen als reaktionär bezeichnet haben (Vgl. Courtheyn 2018b, 1432 FN 1). Ich verwende in dieser Arbeit mit der Bezeichnung Kleinbäuer_innen die in meinen Augen passendste deutschsprachige Übersetzung des Begriffs ‚campesinos‘. Ich bin davon überzeugt, dass der Begriff Kleinbäuer_innen eine Form sozio-kulturellen Zusammenlebens beinhaltet, welches über die engere Bedeutung ‚Menschen, die von Landwirtschaft leben‘ weit hinausgeht, und verwende ihn genau deshalb. Meines Erachtens würde die erweiterte Bedeutung der Bezeichnung Kleinbäuer_innen auch dem deutschsprachigen Ver-

Vor diesem Hintergrund habe ich mir vorgenommen, in diesem Kapitel eine ethnographische Darstellung der Gründung, Organisation und Entwicklung der Friedensgemeinde zu geben, die ein diverses, dichtes und lebendiges Bild der Friedensgemeinde und seiner Bewohner_innen skizziert. Dabei ist mir bewusst, wie bereits in der Einleitung angemerkt, dass diese Darstellung auf Beobachtungen von Ereignissen und auf Interviews mit Personen beruht, die von mir als nicht-kolumbianischem, ‚weißem‘ und ‚männlichem‘ Forscher; zu den Zeitpunkten meiner Forschungsaufenthalte in den Jahren 2006, 2008, 2013, 2015 und 2017, an konkreten Orten der weitläufigen Zone San José de Apartadó erhoben wurden. Aus diesen Gründen können auch meine Beschreibungen der Friedensgemeinde nur lückenhaft sein und auch nicht alle relevanten Aspekte der Friedensgemeinde gleichberechtigt berücksichtigen. In dieser Darstellung werde ich, wie im Kapitel 2.3 bereits begonnen, wieder intensiv aus Interviews zitieren, die Bewohner_innen der Friedensgemeinde selbst von ihrem organisatorischen Prozess erzählen lassen sowie bereits eingeführte Lebensgeschichten fortsetzen oder neue einführen. Auch hier geht es mir darum, die Entstehung, Organisation und Entwicklung der Friedensgemeinde so weit möglich von ihren Bewohner_innen (re-)konstruieren zu lassen, aber darüber hinaus auch ihre Perspektiven und Erfahrungen nachvollziehbar zu machen. Als Ergänzung zu den Erzählungen der Bewohner_innen werde ich auch aus Interviews mit Personen zitieren, die, ohne Mitglied der Friedensgemeinde zu sein, ihre Entstehung und Entwicklung begleitet haben.

3.1. Entstehung und Gründung: ‚Das Rote Kreuz bringt nicht ewig Linsen‘

Wie bereits im Kapitel 2.3 geschildert, gab es eine ganze Reihe von regionalen, nationalen und internationalen Dynamiken, Ereignissen und Vorläufern in der Geschichte der Serranía de Abibe, ohne die die Entstehung der Friedensgemeinde nicht hätte geschehen können. Dazu zählen die Vertreibungserfahrungen der sich dort ansiedelnden ‚Colonos‘ in den 1960er Jahren, ihre solidarischen Kolonisierungspraktiken, die sich in den ‚convites‘ und ‚trocamanos‘ bis in die Gegenwart erhalten haben, die erfolgreiche Besetzung von Land und die Gründung des Dorfes, die durch Schulungen der ANUC ermöglicht wurden, die Entwicklung politischer Selbstverwaltungsgremien wie die *Juntas de Acción Comunal* in den 1970er Jahren, die zunehmende politische Organisation der Bevölkerung durch die *Unión Patriótica* und vereinzelter Linksintellektueller in den 1980er Jahren sowie die Professionalisierung der ökonomischen Selbstverwaltungsstrukturen in der Kooperative *Balsamar* Mitte der 1980er Jahre, die bspw. durch die holländische Entwicklungszusammenarbeit gefördert wurde.

Mit der Eskalation der Gewalt im Urabá Mitte der 1990er Jahre setzten Dynamiken in der Region ein, die die Entwicklungen des Konfliktes, aber vor allem auch die Organisationsformen und das Agieren der Kleinbäuer_innen nachhaltig beeinflussen

ständnis und Gebrauch gut tun. Dass Marx und Engels mit ihrer Einschätzung von Bäuer_innen als reaktionär wohl falsch lagen – mir war gar nicht klar, dass sie auch dafür verantwortlich gemacht werden können – werde ich nicht damit honorieren, wegen ihnen den Begriff nicht zu verwenden.

sollten. Diese Dynamiken waren verbunden mit dem Auftreten neuer Akteure in Gestalt von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen.² Ein Besuch der Organisationen Pax Christi und Misereor im Jahr 1996, der u.a. von der damaligen Bürgermeisterin von Apartadó Gloria Cuartas initiiert wurde, gab den Auftakt für die Präsenz der internationalen Gemeinschaft im Urabá. In den folgenden Jahren begannen sich, neben den oben genannten, weitere internationale Organisationen in die Region zu engagieren, wie bspw. das *Internationale Komitee des Roten Kreuzes*, *Amnesty International* oder die *Peace Brigades International*. Die Bevölkerung des Urabás vor der politischen Gewalt, den Gefechten und Vertreibungen zu schützen, wurde zu einer Aufgabe, der sich bemerkenswerterweise nicht in erster Linie staatliche Behörden annahmen, sondern (inter-)nationale Nicht-Regierungsorganisationen, womit die internationale Sichtbarkeit des bewaffneten Konfliktes zunahm und Forderungen nach dem Einhalten der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts in die Region Einzug hielten (Vgl. García und Aramburo Siegert 2011, 416–23; zu einer Analyse des Menschenrechtsaktivismus in Kolumbien siehe Tate 2007).

Als Mitte des Jahres 1996 Vertriebene aus verschiedenen Teilen der Region Urabá die Sporthalle der Stadt Apartadó besetzten, war es mit der Diözese von Apartadó unter der Leitung des Erzbischof Isaías Duarte Cancino eine kirchliche Organisation, die vor Ort als erste Nothilfe für die Vertriebenen leistete und durch die Vertriebenen Informationen über die dramatische Situation in vielen Teilen des Urabás erhielt. Sich der Ausmaße der Gewalt und der Vertreibungen im Klaren werdend, rief der Erzbischof andere kirchliche Organisationen in Kolumbien an, um sie um Unterstützung zu bitten, wie die *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz*³ und das *Centro de Investigación y Educación Popular* (CINEP). Die Positionen und Handlungen dieser Organisationen waren stark von befreiungstheologischen Ideen geleitet: Sie sahen genau in der Unterstützung und Stärkung von sogenannten katholischen Basisgemeinden einen wichtigen Schritt, um die Strukturen der Unterdrückung und Ungleichheit zu verändern (Vgl. Burnyeat 2018, 77–78). Diese Organisationen leisteten zum einen humanitäre Soforthilfe, bspw. rief die Diözese und das CINEP ein Projekt zur ‚Atención a Desplazados Internos por la Violencia Política en Urabá‘ ins Leben (Vgl. García und Aramburo Siegert 2011, 439), zum anderen begann gleichzeitig damit aber auch eine Begleitung der Vertriebenen, die auf ihr Land zurückkehren wollten und folglich eine Art zivile Kontrolle der ländlichen Zonen durch diese Nicht-Regierungsorganisationen.⁴ Teófilo Vásquez, der damals

-
- 2 Den Zusammenhang zwischen der Entstehung der Friedensgemeinde und der zunehmenden Präsenz humanitaristischer Organisationen in der Region Urabá untersucht Aparicio (2012 insbesondere S. 197–236).
 - 3 Die *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* gehört zu den ersten kolumbianischen Nicht-Regierungsorganisationen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien eingesetzt hat. Sie wurde 1988 von 45 katholischen Kongregationen gegründet. Anfang der 2000er Jahre führten interne Konflikte zu Austritten und Abspaltungen. Seit dem Jahr 2002 setzte die Organisation ihre Arbeit unter dem Namen *Comisión Intereclesial de Justicia y Paz* fort (Vgl. PBI Colombia 2014).
 - 4 Eine sehr interessante Ethnographie über die inneren Spannungen dieser Hilfgemeinschaft von Organisationen, die sich seit Mitte der 1990er Jahre um das Phänomen der Vertreibung herum entwickelte, hat Nora Braun geschrieben (2016).

Mitarbeiter in dem besagten Projekt zur ‚Atención a Desplazados Internos‘ des CINEP im Urabá war, erklärte mir, worin zunächst ihre Arbeit bestanden hatte:

Als wir dort ankamen, war unsere alltägliche Arbeit zunächst mal ‚Leben retten‘; mit den Paramilitärs sprechen: ‚Tötet diesen Mann nicht. Nein, dieser Junge ist kein Milizionär.‘ Also, das war die Aufgabe der alltäglichen Mikro-Vereinbarungen. Zum Beispiel nahmen wir mal einen jungen Bauern mit, weil er krank war und nach Apartadó wollte. Natürlich nahmen die Paramilitärs an, dass alle Jugendlichen dort Milizionäre waren. Also sagten wir: ‚Der Junge ist kein Guerillero.‘ Und sie: ‚Ah, wie soll er kein Guerillero sein? Er ist doch der Bruder von dem und dem.‘ Wir: ‚Ja, aber der Milizionär ist der Bruder, nicht er, versteht es doch.‘ Das war jeden Tag so. Und anders herum auch. Wir sagten zu denen von der FARC: ‚Geht nicht zu den Vertriebenen, geht nicht in die Dörfer, denn wenn ihr da rein geht, dann ...‘. ‚Nein, wie das?‘, sagte uns der Kommandant der FARC und vielleicht hatte er Recht, weil es Milizionäre waren: ‚Ich kann den Jungs nicht verbieten ihre Familien zu besuchen.‘ Also trafen wir eine Vereinbarung. Gut, wir können nicht verhindern, dass die Milizionäre die Leute besuchen, weil sie Teil der Familien sind, aber sie sollen wenigstens unbewaffnet sein, wenn sie dort hingehen. Das sagten wir dann dem Militär: ‚Schaut, wir sind so verblieben. Die jugendlichen Milizionäre werden weiter ihre Familien besuchen, aber sie gehen unbewaffnet. Was haltet ihr davon?‘, ‚Mmh ja, unbewaffnet, vielleicht.‘ Das waren jeden Tag Mikro-Verhandlungen. (Teófilo Vásquez, CINEP, 26.07.2013, Bogotá)

Das CINEP und die *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* begannen also nach Möglichkeiten zu suchen, das Leben der Vertriebenen zu schützen, ihre Situation psychosozial zu begleiten, ihre Rückkehr zu organisieren und ihr Leben in den Konfliktzonen zu ermöglichen. Dazu sondierten sie unterschiedliche Möglichkeiten, internationale Normen, wie die Menschenrechte und das Humanitäre Völkerrecht, in die lokalen Gegebenheiten einzufügen und an die spezifischen Bedingungen anzupassen. So empfahl bspw. das CINEP bereits im Jahr 1995 in einem seiner Berichte die Einrichtung neutraler Zonen in den ländlichen Teilen Urabás (Vgl. 1995, 45). Die Gründung von Gemeinden, die in irgendeiner Weise für sich beanspruchen, nicht Teil des Konfliktes zu sein, war dabei eine von mehreren Ideen, die die verschiedenen Organisationen zu einem unterschiedlichen Grad diskutierten. Dass diese Diskussionen selbst konfliktiv waren und nicht immer Einigkeit zwischen den daran beteiligten Organisationen herrschte, deutete mir Fernán González an, ein renommierter Konfliktforscher des CINEP's, der die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Organisationen im Urabá wie folgt beschrieb:

Die Diözese von Apartadó rief beim CINEP an. Da gab es eine spontane Mobilisierung von Leuten, die aus den Dörfern der Region kamen. Die Leute kontaktierten die Diözese, als sie vor dem Druck der bewaffneten Gruppen flohen. Also rief der Pater Leónides hier beim CINEP an: ‚Ich brauche eure Unterstützung mit den Gemeinden hier.‘ Also organisierten wir Schulungen, psychosoziale Unterstützung, logistische Unterstützung und diese ganzen Sachen. Wir begannen eine gemeinsame Arbeit zwischen der Diözese und dem CINEP, und da schloss sich die *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* an, das war ein Bündnis verschiedener kirchlicher Gemeinden. Zu diesem Zeitpunkt wurde die *Comisión* vom Padre Javier Giraldo geleitet. Naja, der CINEP schaffte

es nicht, alle Leute zu betreuen. So gab es also von Anfang an zwei Ansätze. Und die Dörfer, die die Option der Friedensgemeinde bevorzugten, endeten dann bei der *Comisión*. Die wurden schnell sehr politisch und es gab ein paar Probleme mit der Diözese und dem CINEP, so dass sich praktisch zwei Tendenzen herausbildeten. (Fernán González, CINEP, 26.07.2013, Bogotá)

In dem Moment, als paramilitärische Gruppen im Jahr 1996 massive Vertreibungen im Urabá verursachten, erhielten die Vertriebenen also zunächst humanitäre Ersthilfe und Unterstützung von verschiedenen kirchlichen Organisationen. Diese begannen zunächst aus logistischen Gründen, die Begleitung verschiedener Gemeinden unter sich aufzuteilen. Dass dabei verschiedene Ideen und Konzepte im Raum standen, wie der Schutz der in ihre Dörfer zurückkehrenden Vertriebenen garantiert werden könnte, führte zu unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Dörfern.

Wer genau als erstes die Idee einer Friedensgemeinde formulierte und zu welchem Grad a) die Vertriebenen selbst, b) die noch in den ländlichen Zonen ausharrenden Bewohner_innen und c) die sie begleitenden Organisationen an der Entwicklung dieser Idee Anteil hatten, ist nicht mehr eindeutig zu rekonstruieren. Genau darin besteht m.E. das charakteristische Merkmal dieser erst einmal nur abstrakten Idee: Sie ist in gewisser Weise ein kollektives Produkt ihrer Zeit, ihres Kontextes und der darin agierenden Akteure. Sie hat erstens verschiedene Ursprünge, die sowohl in den abstrakten Normen der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts als auch in den moralischen Vorstellungen und Werten, wie den befreiungstheologischen Idealen, lagen. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen waren zweitens an den konkreten Versuchen beteiligt, diese Ideen in die Praxis umzusetzen. Dies geschah drittens allerdings in einer Art Aushandlung mit den verschiedenen lokalen Bewohner_innen, die sich diese Ideen in einem ‚vernacularization‘-Prozess (Vgl. Merry 2006) aneigneten und mit eigenen Bedeutungen, Werten und Praktiken – also gewissermaßen mit Leben – füllten. Diesen Aushandlungsprozess illustrierte Teófilo Vásquez anhand der Diskussion um den Namen dieser neutralen Gemeinden, in die verschiedene Überlegungen einfließen:

Wir suchten gemeinsam mit den Leuten nach Möglichkeiten unser theoretisches Wissen der Menschenrechte mit der Praktikabilität der Leute zu verbinden. Besser gesagt, wir versuchten diese ganzen konkreten Erfahrungen der Mikro-Abkommen irgendwie zu formalisieren und mehr oder weniger in etwas Symbolisches zu verwandeln. Und wir arbeiteten daran zusammen mit den Leuten. Was wir machten war das: Die Formalisierung – mit Begleitung der internationalen Gemeinschaft – dieser ganzen Serie von Mikro-Vereinbarungen, die wir getroffen hatten. Wir suchten nach dem richtigen Namen und sammelten verschiedene Vorschläge. Der beste Vorschlag, den wir fanden, war eine Mischung aus angewandtem Humanitären Völkerrecht mit einer realistischen Grundlage im Sinne von etwas Eigenem, Kreolischem. Etwas, das nicht so technisch klang, wie humanitäre Zone oder humanitärer Korridor, nein. Also nannten wir es Friedensgemeinde. (Teófilo Vásquez, CINEP, 26.07.2013, Bogotá)

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass San José de Apartadó nicht vom CINEP, sondern von der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* begleitet wurde. Teófilo Vásquez selbst sagte, dass er nur einmal in San José de Apartadó gewesen war und die

Bewohner_innen erzählten eine leicht abweichende Version davon, wie es zur Namensgebung gekommen war, die im Folgenden noch wiedergegeben wird.

Trotzdem erscheint mir die Erzählung von Teófilo Vásquez an dieser Stelle wichtig, um zu illustrieren, dass die Idee, eine Friedensgemeinde in San José de Apartadó zu gründen, kein isolierter und einzigartiger Versuch eines ‚gallischen Dorfes‘ war, sondern sich im Rahmen einer generellen regionalen Entwicklung vollzog. Konzepte wie ‚humanitäre Zonen‘, ‚neutrale Territorien‘ oder auch ‚neutrale Gemeinden‘ wurden von durchaus verschiedenen Akteuren diskutiert, die darunter teilweise auch sehr unterschiedliche Dinge verstanden. Selbst der damalige Gouverneur von Antioquia und spätere Präsident Álvaro Uribe Vélez schlug die Einrichtung ‚neutraler Zonen‘ vor, was, laut den Bewohner_innen von San José der ausschlaggebende Grund war, ihr Projekt nicht als neutrale Gemeinde zu bezeichnen. Denn unter ‚neutralen Zonen‘ verstand Uribe etwas anderes als das CINEP, die *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz*, oder die Bewohner_innen von San José de Apartadó: Er förderte in Antioquia die Einrichtung von ‚Überwachungs- und Sicherheitskooperativen‘, den sogenannten *Convivir*⁵, deren Bewohner_innen militärisches Equipment durch die Öffentlichen Streitkräfte ausgehändigt wurde, damit diese das Militär aktiv in ihrem Kampf gegen die Guerilla unterstützen könnten (Vgl. Hernández Delgado 2004, 384). Unabhängig davon, ist der Urabá also die Region Kolumbiens, in der die Bewohner_innen verschiedener Dörfer mit unterschiedlichem Erfolg versucht haben, Ideen und Konzepte von Friedensgemeinden umzusetzen.⁶ Obwohl diese Dörfer gemein haben, dass ihre Bewohner_innen einen engen Kontakt zu Mitarbeiter_innen des CINEP und der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* hatten, unterscheiden sich die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung dieser Ideen und Konzepte zwischen den verschiedenen Dörfern durchaus sehr stark.

Auch für San José de Apartadó gilt, dass ab dem bäuerlichen Exodus nach Apartadó im Jahr 1996 ein enger Kontakt insbesondere zu der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* bestand. Betonen möchte ich trotzdem, dass die grundsätzliche Voraussetzung für die Gründung der Friedensgemeinde der Wunsch vieler Kleinbäuer_innen

5 Die Kooperativen der Überwachung und Sicherheit hatten, laut dem Dekret 356 aus dem Jahr 1994, das Recht, Waffen zu tragen und vom Militär mit Funkgeräten ausgestattet zu werden, um ihre Gemeinden vor der Guerilla zu schützen. Es entstanden mehrere hundert *Convivir* im ganzen Land mit mehr als 100.000 Mitgliedern, die ziemlich schnell zu einem legalen Verbündeten der paramilitärischen Gruppen wurden, weshalb sie im Jahr 1997 wieder aufgelöst wurden. Eine der berüchtigtsten Sicherheitskooperativen im Urabá war die ‚*Convivir Papagayo*‘ die ihren Sitz direkt hinter der Kaserne der 17. Brigade in Carepa hatte und bei der die Bananenproduzent_innen und -exporteur_innen der Region ihre Abgaben für die Paramilitärs einzuzahlen hatten (Vgl. Anrup und Español 2011, 157; zu den *Convivir* siehe auch Cepeda und Rojas 2008, 60–68).

6 García und Aramburo Siegert zählen folgende Friedensgemeinden auf, die sich zeitlich nach der von San José de Apartadó im Urabá gegründet haben und von denen einige bereits nicht mehr in dieser Form existieren (siehe Klammeranmerkung): Comunidad de Paz Francisco de Asís (1997–2003), Comunidad de Paz Natividad de María (1998–2003), Comunidad de Paz Nuestra Señora del Carmen (1998–2003), Comunidad de Vida y Trabajo La Balsita (1998 gegründet), Zonas Humanitarias del Cacarcá – Nueva Vida und Esperanza de Dios (1999 gegründet) und Zonas Humanitarias de Jiguamiandó und Curavaradó – Bella Flor, Remacho, Pueblo Nuevo, Caño Claro (2003, 2004 und 2006 gegründet) (Vgl. 2011, 472). Allein schon an der Namensgebung dieser einzelnen Friedensgemeinden erkennt man den Einfluss der religiösen Organisationen.

war, die Zone um San José de Apartadó nicht zu verlassen. Den Bewohner_innen San José de Apartadó wurde nach der Gründung der Friedensgemeinde und im Laufe der vergangenen 20 Jahre ihrer Existenz immer wieder von unterschiedlichen Seiten unterstellt, von (inter-)nationalen Nicht-Regierungsorganisationen gesteuert zu werden und manipuliert zu sein. Aus diesem Grund werden sie auch nicht müde, so wie der Bauer J.E. im Folgenden, zu betonen, dass die Entscheidung, diesen Prozess zu beginnen und die Verantwortung für seine Umsetzung in ihrer Hand lag und liegt, und dass sie es sind, die die Konsequenzen dieser Entscheidung zu tragen haben:

Wie du sehen kannst, gibt es in der Gemeinde fähige Leute. Und trotz der ganzen Kriegsstrategien, die gegen uns eingesetzt wurden, konnten sie uns nicht zerstören. Das wird auch in Zukunft schwierig sein, weil wir in unsere Mitglieder vertrauen. Diese Männer und Frauen konnten schon immer selbst denken. Und das kommt von den Leuten selbst. Das sind keine externen Auflagen, sondern unsere Entscheidungen. Denn wenn es jemand hinter uns gäbe, der uns steuern und manipulieren würde, dann wäre das hier alles schon vor langer Zeit beendet worden. Denn diese Verfolgung würde niemand aushalten. Aber es sind unsere Entscheidungen, Dinge, die von uns kommen und bei denen wir klar haben, wohin wir gehen. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Allerdings, und daran lassen auch die Bewohner_innen, wie ich weiter unten noch zeigen werde, keinen Zweifel, wäre ohne die Unterstützung des CINEP und insbesondere einiger Mitarbeiter_innen der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* die Idee der Friedensgemeinde in San José de Apartadó weder entwickelt noch umgesetzt worden.

Der Kontakt zu diesen Organisationen stellte eine Zäsur in der Entwicklung der kleinbäuerlichen Organisationsformen dar. Vertraten zuvor politische und ökonomische Organisationen die Interessen der Kleinbäuer_innen und speisten deren Selbstbild und politischen Diskurs, kamen mit diesen Nicht-Regierungsorganisationen neue Verbündete in die Zone, die nicht nur die Möglichkeiten boten, die nun existentiellen Interessen der Kleinbäuer_innen zu verteidigen, sondern die auch neue Konzepte und Ideen in den Diskurs und in das Selbstverständnis der Bewohner_innen von San José de Apartadó einbrachten. Verstanden sich die Bewohner_innen zuvor als ‚liberale und linke Kleinbäuer_innen‘, die unter ‚politischer Verfolgung‘ litten, wurden sie nicht zuletzt durch Menschenrechtsschulungen und Völkerrechtsworkshops des CINEP und der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* zu ‚Zivilpersonen‘ in einem ‚internen bewaffneten Konflikt‘ und zu ‚Opfern‘ von ‚Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen‘. Dabei ist es m.E. allerdings nicht so, dass die ‚alte‘ politische Interpretation der eigenen Situation einfach durch eine ‚neue‘ humanitaristische abgelöst wurde. Es hat sich auch keine Depolitisierung des Selbstverständnisses vollzogen, weg von politischen Subjekten in einer konkreten sozio-ökonomischen Lebenssituation hin zu unpolitischen und hilfsbedürftigen Opfern eines scheinbar willkürlichen und außerhalb ihrer sozio-ökonomischen Situation liegenden Gewaltkonfliktes. Die Bewohner_innen San José de Apartadó haben ihr Selbstverständnis vielmehr weiterentwickelt und ergänzt. Wie die Interviewauszüge im Folgenden zeigen werden, sehen sie die Friedensgemeinde nicht als rein humanitäre und zivile Möglichkeit in gewaltsamen Konflikten zu (über)leben, sondern auch als eine politische Positionierung gegen den Gewaltkon-

flikt sowie gegen die diesem zugrundeliegenden sozio-ökonomischen Interessen der bewaffneten Akteure und ihrer Verbündeten.

Im Folgenden werde ich die Geschichte der Entstehung der Friedensgemeinde San José de Apartadó wieder aus der Perspektive ihrer Bewohner_innen schildern. Nach dem bäuerlichen Exodus aus dem Dorfkern San José de Apartadós Mitte des Jahres 1996 hatten die daran beteiligten Bewohner_innen nun zwar Kontakt zur Diözese von Apartadó, dem CINEP und der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz*, jedoch war die Unsicherheit in der Zone auf Grund der anhaltenden Gefechte und Vertreibungen weiterhin groß und die Bewohner_innen wussten zunächst nicht, wie es weitergehen würde. Die bereits im zweiten Kapitel zu Wort gekommene Bäuerin M.B. schilderte mir die Situation im Dorfkern von San José während der zweiten Jahreshälfte 1996 wie folgt:

Wir wussten nicht, wie wir leben sollten, ohne vertrieben zu werden. Wir konnten uns nicht vorstellen, an einen Ort vertrieben zu werden und dort ein Leben zu leben, das nicht unseres war. Also begannen wir mit der katholischen Kirche zusammenzuarbeiten und Monseñor Isaías Duarte half uns mit dem Vorschlag der neutralen Gemeinden. Wir trafen uns immer mit der Kirche, um zu schauen, wie die Situation ist und wie sich die Zone um San José veränderte. Wir hatten das Gefühl, dass sich die Situation weiter verschlimmern würde. Während die Paramilitärs in die Berge eindringen und die Bauern vertrieben, begann man die Leute umzubringen, die nach Apartadó herunterfuhren. Die Leute waren sich der Situation bewusst. Wir sagten, was machen wir in einer Stadt, wo wir nicht wissen, von was wir leben sollen, wo wir unser Land zurücklassen müssen, das sich die Paramilitärs aneignen. Wir suchten nach Möglichkeiten zusammenzuleben, ohne vertrieben zu werden. Dabei trafen wir auf die Hilfe von Monseñor Isaías Duarte Cancino, die sehr wichtig war. Wegen der Straßensperre suchten wir über die katholische Kirche Hilfe bei der Versorgung, das Rote Kreuz gab uns in dem Moment humanitäre Hilfe. Und so begannen wir darüber nachzudenken, dass wir lernen müssten enger zusammenzuleben. Es begann eine Bildungsarbeit, damit die Leute inmitten des Krieges leben könnten und diese Arbeit wurde vom CINEP unterstützt. (M.B., 17.03.2008, San José de Apartadó)

Zunächst bestand die Zusammenarbeit der Bewohner_innen San José de Apartadós mit den kirchlichen Organisationen darin, die anhaltende Gewaltsituation in der Serranía de Abibe zu evaluieren, in deren Folge die Notwendigkeit klar wurde, dass sie sich als Dorf anders organisieren müssten, um in dieser Zone weiterleben zu können.

Viele Bäuer_innen, die zu diesem Zeitpunkt noch in den ländlichen Weilern lebten und dort versuchten, so lange wie möglich, auszuharren, trafen auf das CINEP und die *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* erst bei ihrer Vertreibung Ende des Jahres 1996. Der Bauer E.G. bspw., heute ein Mitglied des Internen Rates und Koordinator des Weilers La Unión, war Ende des Jahres 1996 zusammen mit dem bereits oben vorgestellten G.T. aus dem Weiler La Unión vertrieben worden und schilderte mir, wie er auf Mitarbeiter_innen dieser Organisationen bei seiner Vertreibung getroffen war:

Im Jahr 1996 gingen wir hier weg, mitten in einem Bombardement, inmitten eines Gefechts zwischen der Guerilla und dem Militär. Sie kamen vorher und sagten uns, wir

sollten verschwinden. Viele Weiler waren da schon geräumt. Die Soldaten sagten: ‚Ihr habt fünf Tage, um den Weiler zu räumen. In fünf Tagen kommen wir wieder und wenn ihr noch hier seid, kann alles passieren.‘ Als die fünf Tage abliefen, kamen sie aus der Richtung des Weilers Arenas. Die Guerilla hat das mitbekommen. Also stellte sie sich ihnen in den Weg und so begann ein Gefecht. Da wir wussten, dass sie kommen würden, gingen wir. Klar, mit viel Angst, denn wir gingen, ohne zu wissen, wohin. Wir gingen alle runter nach San José. Aus Angst gingen viele gleich weiter nach Apartadó, andere gingen nach Carepa oder Chigorodó. Die ein wenig Geld hatten, gingen nach Medellín. Ich mit meiner Familie ging direkt nach Apartadó. Aber ich erinnere mich, dass, als wir nach San José kamen, dort der Pater Javier und Eduar mit seiner Frau war. Sie sagten uns: ‚Wir sind von Justicia y Paz. Wenn ihr uns vertraut, dann bleibt hier, wir werden versuchen euch zu schützen.‘ Die Leute dachten darüber nach. Aber der Helikopter drehte seine Runden und man hörte die Gefechte, also gingen viele Leute nicht darauf ein. Wir z.B. gingen direkt nach Apartadó. Aber nach zwei Monaten bekamen wir mit, dass es in San José Begleitung für die Leute gab, die dortgeblieben waren. Wir fragten, wer diese Begleitung ist, und man sagte uns, dass es die Leute sind, die da waren, als wir herunterkamen. Wir dachten nochmal nach. Dort in Apartadó machten wir nichts, hatten kein Geld und keine Arbeit. ‚Besser ist, wir gehen zurück nach San José, dort sind wir wenigstens nahe an unserem Land.‘ Wir kamen zurück nach San José. Die von Justicia y Paz begannen Hilfe zu organisieren vom Roten Kreuz Kolumbien und vom Internationalen Roten Kreuz. Eduar und der Pater Javier machten uns Mut, wir sollen nicht gehen, sie würden sich darum kümmern, Begleitung durch andere zu organisieren. Und tatsächlich, nach einer Weile kamen mehr Begleiter. Also machten wir weiter und nach einer Weile begannen die Leute wieder zurückzukommen, weil sie mitbekamen, dass hier in San José gute Leute waren. Also kamen die Leute wieder, die vorher nach Apartadó und Chigorodó gegangen waren. Wir trafen uns regelmäßig mit den Leuten von Justicia y Paz, also mit Eduar und dem Pater Javier. Wir versammelten uns im Gesundheitsposten von San José und sie fragten uns: ‚Also, was denkt ihr? Wie seht ihr die Situation? Wollen wir so weiter machen wie bisher oder wollen wir uns besser organisieren?‘ (E.G., 13.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

Was der Auszug des Bauern E.G. sehr gut zeigt ist, dass die Umsetzung und Realisierung der Idee ‚Friedensgemeinde‘ eine prozesshafte und dialogische Aushandlung zwischen den beteiligten kirchlichen Organisationen sowie deren Mitarbeiter_innen und den Bewohner_innen von San José de Apartadó war, die sich über einen Zeitraum von mehreren Monaten und in einem Kontext schnell verändernder Gewaltdynamiken und erheblicher Bevölkerungsfluktuationen vollzog.

Mit der wachsenden Unsicherheit Ende des Jahres 1996 stieg der Wunsch der verbliebenen Bewohner_innen, diese Zone und ihr Land nicht zu verlassen. Gleichzeitig wurde ihnen bewusst, dass sie nicht wussten, wie ihnen dies gelingen sollte, und dass sie dafür auf externe Unterstützung angewiesen sein würden. Die Bäuerin M.B. erzählte mir, dass sie diese Unterstützung insbesondere in zwei Mitarbeitern der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* fanden:

Zuerst hatten wir keine Ahnung, wie es weiter gehen soll und was wir tun sollten. Aber dank der Begleitung des Pater Javier Giraldo und Eduar Lanchero..., die halfen uns mit

ihren Fähigkeiten und ihrer Ausbildung zu sehen, wie wir weitermachen könnten. Am Anfang war das ein wenig schwierig, weil dies etwas anderes war als die *Unión Patriótica*. Wir mussten uns Strategien überlegen, wir mussten uns überlegen, wie wir zusammenleben wollen, wir mussten Pläne machen, uns eine Reihe von Sachen ausdenken, von denen wir keine Ahnung hatten, wie sie aussehen sollen. Also, ich glaube, und da wiederhole ich mich gerne, die Hilfe von Eduar Lanchero war sehr wichtig, denn er hatte schon seit Jahren mit unterschiedlichen Gemeinden zusammengearbeitet. Und er hat viele Sachen beigetragen, damit diese Gemeinde vorankommt. Na gut, es gab also eine klare Position, was wir wollten, und das war nicht die *Unión Patriótica*, das war etwas anderes, eine Gemeinde. Wir wollten friedlich leben und nicht in den Krieg hineingezogen werden. (M.B., 17.03.2008, San José de Apartadó)

Bemerkenswert an diesem Ausschnitt ist, dass die Bäuerin M.B. mehrmals die Notwendigkeit betont, mit vorangegangenen Formen der politischen Organisation zu brechen. Die Bewohner_innen hatten einen gewissen Grad an organisatorischer Erfahrung durch die *Unión Patriótica*, aber nicht zuletzt durch die Verfolgung der Mitglieder der *Unión Patriótica* war ihnen bewusst, dass eine neue Form ihrer kleinbäuerlichen Organisation nicht auf denselben Strukturen und Praktiken basieren könnte.

Es bedurfte neuer Ideen der Organisation, die allerdings anschlussfähig an die bisherigen Formen der kleinbäuerlichen Organisation sein mussten. Diese Ideen brachte insbesondere eine Person mit, die nun bereits zweimal explizite Erwähnung fand. Als Eduar Lanchero im Auftrag der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* am Ende des Jahres 1996 nach San José de Apartadó kam, hatte er bereits mit vielen kleinbäuerlichen Gemeinden in verschiedenen Konfliktzonen Kolumbiens zusammengearbeitet und verfügte über konkrete Kenntnisse verschiedener kleinbäuerlicher Organisationserfahrungen. Das Zusammentreffen der Bewohner_innen mit Eduar Lanchero und seine Rolle in der Entstehung der Friedensgemeinde erläuterte mir der Bauer R.A., der hier zum ersten Mal zu Wort kommen soll, dessen Geschichte ich aber weiter unten (Kapitel 3.2 und 4.1) noch intensiver ausführen werde:

Eduar hatte einen großen Einfluss auf die Bauern hier. Er kam in einem sehr kritischen Moment, als die Leute gerade aus den Weilern vertrieben wurden. Er hatte studiert, um Rechtsanwalt und Pfarrer zu werden und arbeitete in dem Moment für Justicia y Paz. Na gut, wir wurden gerade vertrieben, San José de Apartadó war voll mit Militär. Er war da, als wir kamen, und fragte uns, wo wir herkamen. Wir sagten: ‚Von dort, wo man die Bombardements und Gefechte hört.‘ Er fragte: ‚Na gut, und wo geht ihr jetzt hin?‘ Wir sagten: ‚Wir haben kein Geld und wissen nicht wohin. Wir sind Bauern aus den Bergen, wir kennen die Stadt nicht. Das sieht nicht gut aus für uns.‘ Und er sagte uns: ‚Ja, das sieht nicht gut aus. Aber werdet ihr trotzdem gehen?‘ Da sagten wir: ‚Wenn es jemanden gibt, der heute Nacht mit uns hierbleibt und uns hilft, dann bleiben wir hier.‘ Da sagte er: ‚Wenn ihr dazu bereit seid, hier zu bleiben, dann bleibe ich mit euch.‘ Wir antworteten: ‚Wenn du bleibst und uns begleitest, dann bleiben wir.‘ Er sagte: ‚Einverstanden.‘ Dann ging er zu Justicia y Paz, um dort darum zu bitten, dass sie ihn in San José ließen. Sie sagten nein. Der Pater Javier Giraldo, der Justicia y Paz leitete, sagte ihm: ‚Eduar, das dort ist ziemlich gefährlich.‘ Und er antwortete: ‚Ich weiß, dass es gefährlich ist Pater, aber ich werde dort hingehen. Die Leute brauchen mich.‘

Ich gehe dahin.' Danach kritisierte ihn Justicia y Paz dafür und wollte ihn aus der Zone wegschicken. Also fragte er uns, wie wir es finden würden, wenn er bleibe, wenn er nicht mehr mit Justicia y Paz weiterarbeite, sondern wir ihn als ein Mitglied der Gemeinde aufnähmen. Er wollte bleiben und wir sagten ‚einverstanden‘. Er hatte bereits unser Vertrauen. Als er kam, sagte er: ‚Aber wir können so nicht weitermachen, wir müssen uns organisieren.‘ Und da begannen wir uns zu organisieren und zu planen. Und ja, wir schulden ihm viel, wir müssen seine Fähigkeiten anerkennen. Die Leute, die heute vorbereitet und ausgebildet sind, sind es dank ihm. Er kam und arbeitete mit uns, obwohl er aus der Stadt war. Er arbeitete auch auf dem Feld mit uns, pflanzte Yucca und Bohnen, rodete, lief auch in den Nächten, also, er mochte das Leben als Bauer und er lebte lange Zeit wie ein Bauer mit uns. Er aß auch dasselbe, er fühlte sich so sehr wie ein Bauer, dass er dasselbe aß, was wir alle aßen. Es befremdete ihn nichts, er war offen für alles, spielte Fußball mit uns, besser gesagt, er fügte sich in die Gemeinde ein wie ein Mitglied. (R.A., 14.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

Eduar Lanchero hat die Friedensgemeinde San José de Apartadó begleitet bis er im Juni 2012 an Krebs verstarb. Er wurde mit der Zeit nicht nur formal ein Mitglied der Friedensgemeinde, was grundsätzlich jeder werden kann, seine Zugehörigkeit wurde darüber hinaus von den anderen Gemeindemitgliedern deshalb anerkannt und wertgeschätzt, weil er die grundlegenden sozio-kulturellen Praktiken mit ihnen teilte. Wie R.A. mehrfach betonte, arbeitete er mit ihnen auf dem Feld, spielte mit ihnen zusammen Fußball und aß ‚sogar‘ dasselbe Essen. Hinzu kam, dass er wegen seiner Solidarität mit der Friedensgemeinde von dem bewaffneten Akteuren ebenfalls massiv bedroht wurde (Vgl. Giraldo Moreno 2012, 67–70). Eduar Lanchero wurde im Jahr 1969 in Bogotá geboren und trat 1990 dem Salesianer Orden bei. Er studierte anschließend Philosophie mit einer Spezialisierung in Pädagogik und begann für *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* zu arbeiten (Vgl. Giraldo Moreno 2012, 53–54). In dieser Funktion traf er als Begleiter auf die Gemeinde und blieb es, auch als die Gemeinde ihre Zusammenarbeit mit der Comisión im Jahr 2002 beendete. Eduar fühlte sich ihren Bewohner_innen so verbunden, dass er vor seinem Tod den Wunsch äußerte, man möge seinen Leichnam in der Friedensgemeinde beisetzen lassen, dem seine Familie nach seinem Ableben auch zustimmte.

Dass Eduar über die Jahre zu einem Gemeindemitglied wurde, verweist auf ein interessantes Charakteristikum der Friedensgemeinde (Siehe hierzu auch Aparicio 2012, 197): Auch wenn die Mitgliedschaft, wie ich im folgenden Abschnitt ausführen werde, an konkrete Voraussetzungen und Bedingungen gebunden ist, handelt es sich bei der Friedensgemeinde um ein offenes System, das eine Vielzahl von Außenbeziehungen zulässt, die einen unterschiedlichen Grad an Nähe bzw. Distanz beinhalten. Es gibt Sympathisant_innen, Unterstützer_innen, professionelle Begleiter_innen, Journalist_innen, Akademiker_innen, Handelspartner_innen, Städtepartnerschaften usw. usf. Das jeweilige Nähe- bzw. Distanzverhältnis wird von den Mitgliedern der Friedensgemeinde und der jeweiligen Außenbeziehung permanent und immer wieder neu ausgehandelt, was sowohl einen Wechsel zwischen den verschiedenen Rollen als auch eine unterschiedliche

Nähe/Distanz in derselben Rolle erlaubt.⁷ Die Offenheit wird lediglich von zwei Extremen begrenzt: Es besteht die Möglichkeit, Mitglied der Gemeinde zu werden, solange ihre Regeln befolgt werden, wie bspw. im Falle Eduar Lancheros, der weder aus einem bäuerlichen Hintergrund noch aus der Region kam. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass die Gemeinde die Beziehung abbricht, wenn sie sich bspw. ausgenutzt, missverstanden oder bevormundet fühlt, wie es mit der Diözese Apartadó nicht lange nach der Gründung der Friedensgemeinde und mit der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* im Jahr 2002 geschehen ist.

Ich habe Eduar Lanchero während meines Forschungsaufenthaltes im Jahr 2008 kennengelernt, ihn auf Besuchen in verschiedenen Weilern begleitet und hatte so die Gelegenheit, ihn ein wenig zu beobachten. Seine Zurückhaltung mir gegenüber und sein geschicktes Entziehen aus potenziellen Interviewsituationen hinterließen bei mir den Eindruck, dass er mehr über den Prozess der Friedensgemeinde sagen konnte, als er jemandem zu diesem Zeitpunkt noch relativ Unbekannten und Außenstehenden wie mir erzählen wollte. Als ich im Jahr 2013 meine Forschung fortsetzte, war er leider schon verstorben, so dass ich seine Bedeutung für die Entstehung und Entwicklung der Friedensgemeinde nur aus den Erzählungen der Bewohner_innen über ihn ableiten kann. Jedenfalls war es allem Anschein nach Eduar Lanchero, der Ende des Jahres 1996 die externe Unterstützung und die notwendigen Ideen mitbrachte, die die Bäuer_innen San José de Apartadó so dringend benötigten.

Laut den Aussagen der Bewohner_innen wurde das Konzept der Friedensgemeinde in San José de Apartadó seit Oktober 1996 diskutiert und seine konkrete Ausgestaltung etwa sechs Monate lang beraten und ausgearbeitet. Organisatorisch gab es mehrere Aufgaben und Herausforderungen zu diesem Zeitpunkt: Einerseits musste die Idee der Friedensgemeinde erst einmal entwickelt werden, was offensichtlich in einem Dialog zwischen den Bewohner_innen San José de Apartadó und der Diözese von Apartadó, dem CINEP sowie der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz* geschah. Andererseits musste diese Idee, und vor allen Dingen die damit verbundenen Verpflichtungen und Strategien, unter den Bewohner_innen der Zone verbreitet werden, was von Eduar Lanchero und einem dazu gegründeten Komitee für Bildung organisiert wurde. Der Bauer R.A. war Teil diese Komitees für Bildung, weshalb seine Ausführungen einen Eindruck von der Organisation, den Inhalten und den intendierten Zielen dieser Schulungen geben:

Als wir mit dem Prozess der Friedensgemeinde begannen, mussten alle zu Bildungsworkshops gehen. Da ging man eben hin. Das war einmal im Monat, diese Schulungen. Jeden Monat drei Tage. Und das ging los bei den Kindern bis hin zu den Alten. Ich gebe dir ein Beispiel, sagen wir, heute zwischen sechs und acht Uhr am Abend machen wir einen Workshop für Kinder zwischen 7 und 12 Jahren. Morgen um dieselbe Uhrzeit für die Jugendlichen, die folgen, also die zwischen 12 und 18 Jahren. Und danach die zwischen 18 und 30 Jahren, und von dort die Erwachsenen an einem anderen Tag. Das

7 Mehrere internationale Autor_innen, die über die Friedensgemeinde bzw. den Urabá schreiben, waren bspw. zuvor als Freiwillige für internationale Begleitorganisationen tätig. Tenthoff (2008) und Burnyeat (2018) arbeiteten für *Peace Brigades International*. Courtheyn (2016; 2018b) arbeitet auch weiterhin für das *Fellowship of Reconciliation*.

war wie eine Kette von Schulungen.

P.N.: Aber wer gab diese Schulungen?

Da haben wir viel Eduar zu verdanken, er hatte die Idee. Wir gründeten ein Komitee für die Bildung und die Koordinatoren des Komitees waren die, die zuerst eine Schulung bekamen. Zum Beispiel bekam ich eine Schulung und dann ging ich zu den Leuten. Ich fuhr manchmal bis nach Bogotá, er organisierte dort eine Schulung und dann kam ich zurück und übermittelte das den Leuten. So kamen wir immer etwas voran.

P.N.: Und was waren die Inhalte der Schulungen?

Na gut, zunächst ging es in den Schulungen damit los, uns bewusst zu machen, wo wir stehen, was die Ursachen für die Probleme und für dieses Phänomen der Gewalt war, und uns zu fragen, wie wir die Vertreibung verhindern, diese Gewalt überwinden und eine Gemeinschaft formen könnten. Ja? Das heißt, du musst dir vor allem erst mal bewusst werden, wo du gerade stehst. Warum wollen sie dich vertreiben? Warum töten sie dich? Warum wollen sie diesen Prozess unterbinden? Warum interessiert dieses Land so sehr die multinationalen Unternehmen und die Regierung? Auf welche Mechanismen greift die Regierung zurück, um ihre Interessen durchzusetzen? Also, wenn man sich davon ein Bild gemacht hat, dann hat man ein bisschen Wissen und Bewusstsein. Und wenn du das Bewusstsein hast, dann sagst du: ‚Von hier gehe ich nicht weg. Ich werde nicht mein Land und meine Ressourcen veräußern.‘ Zum Beispiel sind sich die Leute hier bewusst, dass man sie rausschmeißen möchte wegen der Kohlevorkommen und der Ressourcen, die es hier gibt, z.B. wegen des besten Wassers Urabás.

P.N.: Und wie häufig habt ihr das gemacht, nur einmal am Anfang und habt ihr das wiederholt?

Nein, das machten wir kontinuierlich, aber immer mit anderen Themen. Man muss sich kontinuierlich weiter vorbereiten. Die bewaffneten Gruppen greifen ja auch weiter an. Ich gebe dir noch ein Beispiel. Eine Sache der Gemeinde, die mir sehr gut gefällt, ist die Sache mit der Erinnerung. Ja? Die Gemeinde..., in den Workshops sagten wir zum Beispiel den Weisenkindern..., naja wir fühlten uns verpflichtet ihnen zu sagen, wer ihre Väter oder ihre Mütter ermordet hat. Warum? Nicht mit dem Ziel, dass sie Rachegefühle entwickelten, sondern damit ihnen das Warum klar wird und sie wissen, wo sie sich befinden. Ja? Weil, wir hatten hier zum Beispiel Weisenkinder, da wurde der Vater von Paramilitärs und die Mutter von der Guerilla ermordet. Also sagte man ihnen: ‚Schau, deinen Vater haben die Paramilitärs aus dem und dem Grund getötet.‘ Also sagten sie: ‚Na gut, dann gehe ich zur Guerilla.‘ Aber wenn man ihnen sagte: ‚Nein, einen Moment, deine Mutter hat die Guerilla aus dem und dem Grund ermordet.‘ Dann sagten sie: ‚Gut, ich gehe weder zu den Paramilitärs noch zu der Guerilla, ich bleibe hier.‘ Das meinen wir mit Erinnerung. Es geht nicht um Rachegefühle, sondern um Klarheit zu schaffen. Und so sagten viele: ‚Das Einzige wofür es sich zu kämpfen lohnt, ist das hier.‘ Und ja man erzählte ihnen alles: ‚Schau, auch das Militär hilft den Paramilitärs‘ und fing an, ihnen die Situation zu erklären, wo sie herkommen und alles. So lernen die Jugendliche ihre Realität kennen und sagen: ‚Hier ist der einzige Ausweg sich als Gemeinde zu organisieren und unser Land zu verteidigen.‘ Und das hat den Prozess der Gemeinde gestärkt. Aber das passierte nicht nur in irgendwelchen Hütten, sondern wir machten Workshops auf den Feldern, wo die Leute gerade arbeiteten. Dort gingen wir hin und redeten mit ihnen. Da ging es darum, warum man das Land achten

sollte und so. Manchmal machten wir auch Simulationen, so, als ob wir auf bewaffnete Gruppen treffen würden und so. Da kamen wir enorm voran, aber in letzter Zeit ist das ein bisschen eingeschlafen. Das ist ein Thema, das ich häufig anspreche. Ich hab es dem Internen Rat gesagt: ‚Wir dürfen nicht zulassen, dass das Komitee der Bildung aufhört.‘ Die Gegner greifen uns ja auch weiter an. Die Paramilitärs sagen dir ständig: ‚Komm mit uns. Schau, du bist gut. Komm mit, wir geben dir 500.000 Pesos im Monat.‘ Der Staat sagt: ‚Komm her, leiste deinen Dienst als Bauern-Soldat. Komm.‘ Und am Ende, wenn du nicht irgendjemanden hast, der dir sagt, wie die Sache läuft, dann gehst du zu irgendeiner Seite; womöglich zu der, die dir am nächsten liegt, oder die dich am besten bezahlt. Stell dir vor, die ganzen Jugendlichen. Also, ich klebe die ganze Zeit an den Jugendlichen und am Internen Rat, schaut, wir müssen dieses Komitee der Bildung stärken, die Inhalte an die Leute bringen. Klar, manchmal ist das langweilig, aber man muss es kontinuierlich machen, denn die bewaffneten Gruppen werden auch nicht müde uns anzugreifen. (R.A., 14.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

Neben der von R.A. geschilderten anhaltenden Notwendigkeit, die eigenen Mitglieder zu schulen, musste die Idee der Friedensgemeinde aber auch den bewaffneten Akteuren kommuniziert und mussten diese davon überzeugt werden. Dass dies nicht so einfach sein würde, wurde in der Kommunikation mit den staatlichen Behörden schnell klar, die, wie bereits erwähnt, ganz eigene Vorstellungen von neutralen Zonen hatten und die Friedensgemeinde für ihre eigenen Interessen einzubinden versuchten. Diese Versuche greift auch die Bäuerin M.B. in ihrer Erzählung der Namensgebung auf, die der oben erwähnten Version von Teófilo Vásquez etwas widerspricht:

Das CINEP war für den Vorschlag der neutralen Gemeinden. Aber wir änderten den Namen von neutraler Gemeinde zu Friedensgemeinde. Warum? Auf Grund der Aussagen von Álvaro Uribe Vélez, der zu dem Zeitpunkt Gouverneur von Antioquia war. Er sagte: ‚Sehr gut diese neutralen Zonen, denn da kann die Gemeinde aktiv mit den Öffentlichen Streitkräften zusammenarbeiten.‘ Also, er hat gewollt, dass wir eine Gemeinde werden, die aktiv mit der 17. Brigade zusammenarbeitet. Das akzeptierten wir nicht und werden wir auch nie akzeptieren, denn das bedeutet mit den Tätern zusammen zu arbeiten. Also in demselben Moment mussten wir den Namen von neutraler Gemeinde zu Friedensgemeinde wechseln. (M.B., 17.03.2008, San José de Apartadó)

Die Diözese von Apartadó übernahm die Aufgabe, den bewaffneten Akteuren diese Idee zu kommunizieren, und obwohl deren Antworten auf diesen Vorschlag bis in die Gegenwart ambivalent sind, warteten die Bewohner_innen zunächst ein positives Zeichen der bewaffneten Gruppen ab, bevor sie sich offiziell zu einer Friedensgemeinde erklärten, wie mir der Bauer J.E. erzählte:

Als wir begannen einen Vorschlag auszuarbeiten, dachten wir darüber nach, wie wir das, was die Bauern in dem Moment dachten, den bewaffneten Akteuren verständlich machen könnten. Wir kamen zu dem Schluss, dass das die katholische Kirche übernehmen muss. Wir arbeiteten gemeinsam für sechs, sieben Monate an diesem Vorschlag und die Kirche in Person des Bischof Monseñor Isaías Duarte Cancino, der Bischof der Diözese von Apartadó war, vermittelte das. Im Jahr 1997 ließen sie uns durch die katholische Kirche wissen, dass sie sich verpflichten würden uns zu respektieren und dass sie

den Vorschlag der Bauern, neutral gegenüber dem Konflikt zu sein, akzeptierten. Das war der Moment, in dem wir den Schritt machten, die Deklaration am 23. März unter der Anwesenheit verschiedener Organisationen, staatlicher aber auch internationaler Organisationen sowie der Kirche, zu unterschreiben. Da war sogar eine Person des europäischen Parlaments, der Organisation Amerikanischer Staaten, da war die Diözese von Apartadó, die Bürgermeisterin Gloria Cuartas, da war das CINEP, Justicia y Paz, Pax Christi und noch einige andere Organisationen. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Auch an diesem Auszug zeigt sich nochmals, dass bei der Umsetzung der Idee einer Friedensgemeinde den beteiligten Organisationen unterschiedliche Aufgaben zukamen, die von den Bewohner_innen des Dorfes San José de Apartadó allein nur schwerlich hätten realisiert werden können.

Am 23. März 1997 unterschrieben 650 Bewohner_innen des Dorfes San José de Apartadó in einem öffentlichen Akt und unter der Anwesenheit der von J.E. erwähnten Organisationen eine öffentliche Deklaration. Laut dieser besteht die Friedensgemeinde aus zivilen, nicht-kämpfenden, bäuerlichen Bewohner_innen der Zone, die sich dazu verpflichten, weder direkt noch indirekt an bewaffneten Auseinandersetzungen teilzunehmen; keine Waffen, Munitionen und explosives Material zu besitzen oder aufzubewahren; keinem bewaffneten Akteur logistische Unterstützung zukommen zu lassen und keinen bewaffneten Akteur um die Vermittlung bei internen, familiären oder persönlichen Konflikten zu bitten. Die Deklaration erzeugte viel Aufmerksamkeit in der Region und führte u.a. dazu, dass in den darauffolgenden Monaten eine Reihe weiterer Bewohner_innen der Gemeinde beitraten.⁸

Eine der Personen, die wenige Wochen nach der Gründung der Friedensgemeinde zu dieser stieß, war die Bäuerin A.U. – die Witwe Alberto Yepes –, deren Geschichte ich bereits im Kapitel 2.3 zu erzählen begann und die hier weitererzählt werden soll. Ihre Schilderung gibt einen Eindruck von der Situation und den Herausforderungen der ersten Wochen nach der Deklaration der Friedensgemeinde. A.U. erinnerte ihre Begegnung mit der Gemeinde wie folgt:

Ich kam ein, zwei Monate, nachdem sich die Gemeinde gegründet hatte. Ich kannte die Friedensgemeinde nicht. Na gut, ich habe im Radio gehört, dass dort eine Deklaration unterschrieben wurde, aber ich schenkte dem nicht viel Aufmerksamkeit. Als ich kam, gab es sie schon. Das erste, was Don Eduar tat, denn da war er schon da, er ist schon seit dieser Zeit mit uns, obwohl er nicht von hier ist, ich weiß nicht mal woher er ist, er sagte mir: ‚Das erste, was du machen musst, ist nach Apartadó fahren und dich als Vertriebene registrieren lassen‘, zum Roten Kreuz gehen und alles erzählen, was passiert ist. Also ging ich zum Roten Kreuz und erzählte alles, was mir passiert ist. Sie sagten mir, dass sie mir den Transport zu meiner Familie bezahlen könnten, aber ich antwortete denen vom Roten Kreuz: ‚Nein, ich denke nochmal darüber nach, denn die Option mit der Gemeinde gefällt mir und ich werde mir das mal anschauen. Wenn es mir gefällt, bleibe ich. Und wenn es mir nicht gefällt, sage ich nochmal Bescheid.‘

8 Die Mitgliederzahl der Friedensgemeinde schwankt im Laufe ihrer Entwicklung relativ stark, die Gründe dafür werden im Kapitel 3.3 erläutert.

Und dann ging ich wieder zur Gemeinde und blieb. Es begannen Schulungen stattzufinden, fast jeden Tag. Schulungen für Kinder und Erwachsene. Die Situation war sehr schwierig. Wir kochten in einem Topf für alle und es gab nur Linsen mit Salz. Der einzige, der Essen bringen konnte war der Pater und das wenige, was er brachte waren Linsen. Er konnte nicht viele Sachen mitbringen, weil es eine Blockade auf dem Weg gab. Sie ließen nichts hoch, nicht mal Trinkwasser, absolut nichts. Sie machten einen riesigen Topf voll für alle, es war furchtbar. Das war etwas, woran ich nicht gewöhnt war. Na gut, ich gewöhnte mich dran. Nach einer Zeit bekam die Gemeinde Gelder, ich weiß nicht woher, ich nehme an aus dem Ausland. Also kauften sie Werkzeuge und gaben uns auch Essen. Denn da war es schon nicht mehr ein Topf für alle, sondern jeder bekam ein paar Nahrungsmittel. Das Rote Kreuz brachte uns auch eine Zeit lang Essen, aber nur eine Zeit lang. Eine Option war in Gruppen zu arbeiten, Gruppen von drei, vier Personen, mindestens drei. Wir begannen damit, Gärten zu pflanzen, aber das funktionierte nicht mit den Gärten. Keiner weiß warum, aber die funktionierten nicht. Sie gediehen nicht. Also sagte ich den Frauen: ‚Bisher mussten wir nie auf dem Feld arbeiten, nun ist es die einzige Option. Wir müssen auf dem Feld arbeiten, wir müssen Essen säen. Der Pfarrer wird uns nicht das ganze Leben Linsen bringen. Wir müssen arbeiten, denn wenn wir nicht arbeiten und das Rote Kreuz uns kein Essen mehr bringt, dann werden wir Probleme haben. Also besser wir arbeiten, und wenn das Rote Kreuz kein Essen mehr bringt, werden wir Mais haben, werden wir Bohnen haben, werden wir alles haben.‘ Und so machten wir es. Alle Arbeitsgruppen sollten einen Koordinator haben, jede Gruppe sollte einen wählen. Den Internen Rat gab es schon, als ich hinzustieß, man hatte sogar schon jemanden getötet, den Herrn Tabarquino. Ich kannte ihn nicht, denn als ich hinzukam, hatten sie ihn bereits getötet. Er war nicht lange da gewesen. Deshalb wollte auch niemand so recht: ‚Nein, ich kann nicht die Rolle des Koordinators übernehmen‘, die andere auch nicht. ‚Also gut‘, sagte ich, ‚ich koordiniere, wenn ihr einverstanden seid‘. Und so begannen wir zu arbeiten. (A.U., 18.03.2008, San José de Apartadó)

In ihren geschilderten Eindrücken aus den ersten Monaten nach ihrer Gründung, benennt die Bäuerin A.U. nicht nur bereits einige Aspekte der internen Struktur und Organisation der Friedensgemeinde, die ich im folgenden Kapitel 3.2 erläutern möchte. Sie verweist daneben auch auf das durchaus häufiger beschriebene Potential gewaltsamer Konfliktodynamiken bestehende Genderrollen zu verändern und neu zu definieren (vgl. bspw. Utas 2005). Mit dem Hinweis auf den Mord an Francisco Tabarquino deutet sie darüber hinaus an, dass die bewaffneten Gruppen den Vorschlag der Bäuer_innen nicht in der Weise respektieren sollten, wie diese sich das erhofft hatten, was ich insbesondere im Kapitel 3.3 ausführen werde.

Den Entstehungsprozess der Friedensgemeinde zusammenfassend, lässt sich Folgendes festhalten: Ihre Gründung war keine isolierte Reaktion einzelner Kleinbäuer_innen auf die Eskalation der Gewalt im Urabá Mitte der 1990er Jahre. Sie vollzog sich im Kontext einer ‚Internationalisierung des Gewaltkonfliktes‘ (García und Aramburo Siegert 2011, 415), die die Bewohner_innen der Serranía de Abibe mit einer Reihe von (inter-)nationalen, humanitären und befreiungstheologisch inspirierten Nicht-Regierungsorganisationen in Kontakt brachte. Mit diesen Organisationen wurden den

Bewohner_innen der Region Konzepte der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts zugänglich gemacht, die einerseits neue Interpretationen und Lesarten der Gewalt erlaubten und andererseits neue Handlungsmöglichkeiten für die Bewohner_innen eröffneten: Aus den Verfolgten von politischer Gewalt wurden Zivilpersonen in einem internen bewaffneten Konflikt. In einem Aushandlungsprozess zwischen diesen Organisationen und den Bewohner_innen, der getragen war von dem Wunsch der Kleinbäuer_innen, die Zone nicht verlassen zu müssen, wurde das Konzept der Friedensgemeinde entwickelt. Das Konzept ist ein kollektives Produkt der an der Aushandlung beteiligten Akteure und der in jene eingegangenen Ideen. Durch die Unterstützung einzelner Personen wie durch Eduar Lanchero sowie durch einen konsequenten Bildungsprozess ihrer angehenden Mitglieder haben die Bewohner_innen San José de Apartadó dieses Konzept in organisatorische Strukturen und Funktionen überführt, die ich im folgenden Abschnitt vorstellen werde.

3.2. Interne Organisation: ‚Es geht nur zusammen‘

Das Militär, also sie selbst sagen, dass sie hier sind, um der Zivilbevölkerung Sicherheit zu geben. Die Guerilla hat merkwürdige Gründe. Sie sagen, sie seien Bauern und das sei hier von ihnen und von allen Bauern. Das würden sie nicht aufgeben. Und die Paramilitärs verteidigen die Interessen..., man weiß nicht mal so genau von wem, von großen, multinationalen Unternehmen? Ja, der Konflikt verroht immer mehr und das führt dazu, dass die Bauernschaft sich noch besser organisieren muss. Ja, wenn es mehr Gefechte und so gibt, dann müssen die Bauern zusammenrücken, um dem entgegenzutreten und sich den Angriffen widersetzen zu können. Denn wenn sie dich orientierungslos antreffen, töten sie dich aus irgendeinem Grund. Die Guerilla bringt dich um mit dem Argument, du seist Informant der Paramilitärs gewesen, oder die Paramilitärs bringen dich um und sagen, du warst Guerillero. Und so löschen sie noch die ganze Bevölkerung aus.

(R.A., 14.09.2013, San José de Apartadó – La Unión)

In diesem Unterkapitel möchte ich einige Aspekte der formalen Organisation und Funktion der Friedensgemeinde vorstellen, wobei ich insbesondere auf ihre politischen Gremien, ihre ökonomische Organisation und ihre internen Regeln eingehen werde. Wie bei allen Organisationen existieren auch in der Friedensgemeinde normative Vorstellungen davon, wie diese funktionieren sollte. Diese Vorstellungen sind in diversen Deklarationen, Statuten und Regelwerken festgehalten. Davon abgesehen gibt es eine Praxis, in der diese Normen durchaus abweichend und kreativ ausgelegt werden. Charakteristisch für die Organisation der Friedensgemeinde ist ihre Flexibilität, die es ihren Mitgliedern erlaubt, Strukturen, Funktionen und Praktiken an sich verändernde aktuelle Situationen in der Region sowie an die Kapazitäten, Schwerpunkte und Herausforderungen der Gemeindemitglieder anzupassen. Ich werde im Folgenden die Normen vorstellen und von diesen abweichende Praktiken bei Aspekten einfließen lassen, die mir bekannt sind.